

Begrüßung und Dankesrede: Ilse Brandner-Radinger

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Bundespräsident, lieber Heinz, liebe Margit,
sehr geehrter Herr Vizedekan der sozialwissenschaftlichen Fakultät,
sehr geehrter Herr Vorstand des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft,
liebe Freunde und Kollegen und Studentinnen und Studenten!

Als ich vor 50 Jahren promovierte, hätte ich mir nie und nimmer vorstellen können, dass ich von meiner Universität einmal geehrt werde. Das ist heute für mich wirklich ein stolzer und berührender Augenblick.

Jetzt könnte ich natürlich sagen, was bei derartigen Gelegenheiten oft ausgesprochen wird. Etwa, so eine Ehrung wäre eine Alterserscheinung. Oder, da werde Vieles zu positiv dargestellt. Auch wenn da manches Wahre dran ist, will ich es nicht wiederholen. Ich drücke einfach meine Freude aus, weil man so eine Situation nur einmal erlebt und dies auch, so wie ich das tue, genießen sollte.

Ich sage einfach danke, danke für diese besondere Auszeichnung.
Danke der Universität. Sie hat mich mein Erwachsenen-Leben lang begleitet – vom Beginn meines Studiums bis zum Berufseintritt, für den sie mir das Rüstzeug bereitgestellt hat. Aber letztlich auch über viele Berufsjahre hinweg, in denen ich als Journalistin immer wieder mit grundsätzlichen Fragen des Berufsstandes konfrontiert war, bis zu Medien- Veranstaltungen und Diskussionen, bei denen ich auf erworbenes Wissen und in vielen Fällen auch auf die Unterstützung und Teilnahme der Universität zurückgreifen konnte.

Danke, Herr Bundespräsident. Danke, lieber Heinz, für diese sehr persönliche Laudatio, die nicht nur für mich eine große Freude ist, sondern sicher auch für alle heute Anwesenden eine Bereicherung war.

Gestatten Sie mir, heute bei diesem Anlass der Akademischen Feier einen Rückblick zu ziehen und ein paar Gedanken zur derzeitigen Mediensituation darzulegen.

1967, als ich an meiner Dissertation schrieb und im Herbst meine letzten Prüfungen ablegte, ging die Jugend auf die Straße. Studenten demonstrierten im Oktober dieses Jahres vor dem Parlament für ein höheres Bildungsbudget und die seit Langem geforderte Demokratisierung der Universitäten. Das Jahr 1968 kam nicht von heute auf morgen. Und der Deckel auf dem brodelnden Topf konnte sich nicht mehr lange halten.

Denn schon 1967 machte sich seit langer Zeit aufgestauter allgemeiner Unmut breit: Über überholte konservative Erstarrung, bigotte Morälzwänge, gesellschaftliche und politische Relikte der NS-Zeit und die hierarchische Struktur sowohl in den öffentlichen als auch in privaten Bereichen.

1967 – was für eine spannende Zeit!

Man ist Hippie und will Frieden statt Krieg. Daher demonstriert die Jugend gegen den Vietnam-Krieg. Die Jugend, Künstler und Intellektuelle wollen Verkrustungen aufbrechen und fordern Freizügigkeit in allen Bereichen. Sie wollen diese auch artikulieren und demonstrieren dies auch zum Entsetzen vieler durch provokante Aktionen.

Die Internationale Politik in diesem Jahr 1967 war brandheiß:

In Griechenland putschte sich das Militär an die Macht.

Befreiungsidol Che Guevara wird von bolivianischen Regierungssoldaten erschossen.

Im Südafrika der Apartheid gibt es die erste Herztransplantation.

Adenauer, eine Symbolfigur des deutschen Wiederaufbaus, stirbt.

Im Juni beginnt der „Sechstagekrieg“ in Israel.

Beim offiziellen Besuch des persischen Schah in Deutschland 1967 wurde bei Protestkundgebungen der Student Benno Ohnesorg erschossen, der Todesschütze in einem späteren Prozess freigesprochen. Die Empörung darüber wirkte noch Jahrzehnte nach.

Während meines Studiums entfachte der „Fall Borodajkewycz“ und der Tod von Ernst Kirchweger, dem ersten politischen Todesopfer der Zweiten Republik, im März 1965 erstmals eine breitere Diskussion über Österreichs NS-Vergangenheit.

Taras Borodajkewycz, Hochschulprofessor an der damaligen Hochschule für Welthandel mit nie abgelegter Nazi-Vergangenheit, spickte seine Vorlesungen genüsslich mit antisemitischen Sprüchen, Verunglimpfungen und Thesen. Ein Student namens Ferdinand Lacina schrieb diese mit. Seine Aufzeichnungen gab er Dr. Heinz Fischer weiter, damals ein 24-jähriger Jurist, der bereits 1962 in der „Zukunft“ und in der „Arbeiter-Zeitung“ Artikel gegen Rechtsradikalismus an den österreichischen Hochschulen veröffentlichte – speziell kritisierte er dabei die Vorlesungen von Borodajkewycz.

Borodajkewycz klagte, Heinz Fischer wurde 1963 wegen Ehrenbeleidigung verurteilt. Er hatte sich geweigert, die Quelle für seine Artikel, nämlich die von Ferdinand Lacina verfassten Mitschriften der Vorlesungen, preiszugeben. Fischer wollte Lacinas Identität nicht bekanntgeben, da dieser noch studierte.

Als der damalige Unterrichtsminister Theodor Piffl-Perčević nach politischen Protesten und Kritik auch in den Medien am 31. Mai 1965 im Parlament erklärte, er sei nicht bereit, den Hochschullehrer zu suspendieren, kam es an diesem Tag bei einer Kundgebung, an der tausende Menschen teilnahmen, zu Zusammenstößen zwischen rechten und linken Demonstranten. Dabei wurde Ernst Kirchweger, Widerstandskämpfer während der NS-Diktatur, durch den Faustschlag eines Neonazi schwer verletzt und starb zwei Tage später an seinen Kopfverletzungen.

Im April 1965 erreichte Heinz Fischer die Wiederaufnahme seines Verfahrens. Lacina, der inzwischen sein Studium abgeschlossen hatte – übrigens ein späterer Finanzminister – konnte als Zeuge aussagen. Das Verfahren endete im Juni mit einem Freispruch für Fischer, der Berufung von Borodajkewycz wurde nicht stattgegeben.

Ich denke, wenn wir heute die Ehre haben, einen so hochrangigen Zeugen jener Zeit und der damaligen Situation an Österreichs Hochschulen bei uns zu haben, muss ich dieses einschneidende Ereignis, das uns Studentinnen und Studenten sehr bewegt hat, zumindest in Kurzform darstellen.

Zurück zum Jahr 1967:

Am 1. Jänner trat in Österreich ein neues ORF-Gesetz in Kraft – als Folge eines vorangegangenen Volksbegehrens. Damals ging es um Inhalt und Organisation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – und wie immer natürlich auch um Politik. Aber niemand wollte den ORF grundsätzlich schwächen oder ihn zerschlagen. Ziel war die Modernisierung eines unabhängigen ORF.

Ganz anders die Situation heute: Die momentane ORF-Diskussion geht an die Substanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, den man grundsätzlich infrage stellt, ihm vielfach die Existenzberechtigung abspricht und auf mehr oder weniger subtile Art und Weise diskreditiert.

Die medienpolitischen Herausforderungen im Zeitalter der Digitalisierung sind heute andere. Das mediale Umfeld mit einer Reihe von privaten Sendern, besonders die Dominanz deutscher Medienkonzerne im TV und die Übermacht globaler Player im Online-Bereich, sowie die ebenfalls global agierenden Pay-Konzerne lassen sich nicht mit 1965 vergleichen. Im Internet verbreitete Fake News oder Hass im Netz sind eine Gefahr für den demokratischen Diskurs.

Als Gegengewicht werden Qualitätsmedien als verlässliche Informationsquelle immer wichtiger. Als Träger der Identität, als Kitt der Gesellschaft und für die Weiterentwicklung der Demokratie ist eine eigenständige Medienlandschaft mit Qualitätsmedien in Österreich unerlässlich.

Bei aller möglichen und manchmal auch sicher berechtigten Kritik sollte man sich auch der Bedeutung eines vertrauenswürdigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks bewusst sein, der den gesetzlichen Auftrag hat, Leistungen für die Allgemeinheit und die Demokratie zu bringen.

Kein privates TV-Medium, das ja von Natur aus auf Profit orientiert ist, kann mit einem Sender wie dem ORF verglichen werden. Denn die Breite und Vielfalt des Angebots, beginnend mit einem breiten Kulturangebot, Regionalität, Religionssendungen, Sendungen für Minderheiten, um nur einige zu nennen, ist kein Verkaufsmodell und kann daher von Privaten nicht geboten werden, weil der Markt allein diese Vielfalt nicht finanziert.

Ein Team um den englischen Forscher James Curran hat kürzlich in mehreren Ländern eine Untersuchung durchgeführt, um die Frage zu beantworten, welche Leistungen öffentlich-rechtlicher Rundfunk für die Allgemeinheit und die Demokratie bringen. Das Ergebnis: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk macht insofern klüger, als er durch überprüfbare Qualitätskriterien höhere Informationsstandards schafft und damit besser informierte Wähler als unter Sehern der Privaten, die weniger Bescheid wissen über aktuelle Politik.

Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten sind heute mit der großen Herausforderung konfrontiert, unter Beibehaltung der Qualitätsstandards ihren Platz zu behaupten, sich neuen Herausforderungen und ihren Public Value täglich unter Beweis zu stellen – auch im Hinblick auf eine Finanzierung durch die Allgemeinheit.

In der öffentlichen Diskussion wird vielfach ignoriert, dass sich der ORF als Sender eines kleinen Landes tagtäglich gegen Sender eines gleichsprachigen, wesentlich größeren Nachbarn behaupten muss. Dieses Schicksal teilt Österreich etwa mit Belgien, oder der Schweiz, die übermächtige französische oder deutsche Konkurrenz haben. Hier gilt es, eine realitätsverweigernde EU-Wettbewerbsbestimmung endlich zu entsorgen. Und was die

Finanzierung betrifft: Ein reduzierter ORF wäre nicht mehr in der Lage, identitätsstiftende Eigenproduktionen aus dem Bereich der Unterhaltung, Kultur, Wissenschaft und insbesondere der Politik zu produzieren.

Schon jetzt sahen die Privatsender unseres deutschen Nachbarn den großen Werbekuchen ab. Hunderte Millionen fließen jährlich ohne entsprechende Wertschöpfung über deutsche Werbefenster aus Österreich ab.

Die momentane Situation macht mich nicht besonders optimistisch. Jüngste Lügen-Vorwürfe gegen den ORF und seine Mitarbeiter haben sogar unsere deutschen Kolleginnen und Kollegen wachgerüttelt. Auch sie sahen – so wie übrigens auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen – in diesen politisch motivierten Unterstellungen einen Angriff auf die Pressefreiheit. In dieselbe Kategorie fällt die kürzlich erhobene Forderung nach Kündigungen im Zusammenhang mit dem Ungarn-Bericht eines ORF-Korrespondenten. Und der Satz vom angeblich „linken Endkampf“ im ORF, von dem ein ORF-Stiftungsratsmitglied kürzlich sprach, lässt absolut nichts Gutes hoffen, aber tief blicken.

Ich bin daher überzeugt: In nächster Zeit wird man sehr kritisch darauf achten müssen, dass Österreich in Sachen Pressefreiheit nicht zu einem der Schmutzkinder in Europa wird.

Dabei wird auch – ich habe es schon angerissen – das ORF-Programmengelt ebenfalls ein Prüfstein sein. Hoffentlich hat man nicht zu spät erkannt, dass gerade in Zeiten wie diesen das Bewusstsein nötig ist, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Qualitätsmedium ein wesentliches Element unserer Demokratie ist.

Die Schweizer haben kürzlich bei der Gebühren-Abstimmung ihre demokratische Reife unter Beweis gestellt. Und das aus gutem Grund: Überall dort, wo die Gebühren für die Öffentlich-Rechtlichen auf Staatsfinanzierung umgestellt wurden, erfolgten drastische Einschränkungen mit ebensolchen Folgen. Spanien, Holland, und nun auch Dänemark sind warnende Beispiele. Budgetfinanzierung heißt Kürzung, wenig Planbarkeit, Abhängigkeit von der Politik und den jährlichen Bittgang zu Regierung. Die kurze Leine ist dann stets eine warnende Drohung.

Ich habe diesem Bereich nicht nur deswegen so breiten Raum gewidmet, weil ich als Vorsitzende des ORF-Publikumsrats intensiv mit ORF-Fragen und -Aufgaben beschäftigt war, sondern weil der ORF als größtes Medienunternehmen Österreichs ein tragendes Element des österreichischen Medienökosystems ist.

Im Zusammenhang mit dem heutigen Ereignis habe ich meine Dissertation durchgeblättert, mit dem vielleicht wenig spektakulären Titel „Holzschnitt und Flugblatt als Nachrichtenträger im 15. Jahrhundert“. Dabei habe ich einen sehr aktuellen Bezug zu einem gravierenden Problem von heute gefunden: Den Fake News.

Schon in den Vorläufern unserer heutigen Zeitung, also in Holzschnitten und Flugblättern, wurden im Interesse von Kaiser und Kirche beeinflussende Propaganda und manipulierte Nachrichten eingesetzt, was das Zeug hielt. Der Antisemitismus war ein besonders starkes Element, ein klarer Fall von Verhetzung. Ein klassisches Beispiel sind die Flugschriften der so genannten „Simonslegende“ im 15. Jahrhundert, in denen detailreich dargestellt wird, wie ein „Christenkind“ namens Simon von Juden ermordet wird. Der Weg dieser irren Geschichte führt geradewegs zu jener – erfundenen und kirchlichen Ursprungs – des „Anderl von Rinn“, die sich seit 1462 bis in die heutigen Tage erhalten hat.

Man sollte es nicht glauben. Ich wurde damit in meiner Zeit als Generalsekretärin des Presseclub Concordia konfrontiert. Ein – vor meiner Zeit aufgenommenes – Mitglied der Concordia gab ein Pamphlet unter dem harmlosen Titel „Die Umwelt“ heraus, das vor Antisemitismus nur so strotzte und den „Anderl von Rinn“-Kult vehement verteidigte. Ein von mir einberufenes Schiedsgericht schloss dieses Mitglied aus. Die ausgeschlossene Dame hatte auch dem Schiedsgericht gegenüber auf ihrem obskuren Antisemitismus beharrt.

Das Beispiel der von mir genannten Flugschriften zeigt: Die Mechanismen der Fake News sind gleichgeblieben. Das Internet und Social Media von heute verschaffen ihnen jedoch eine gefährliche Dimension. Das Wort von der „Lügenpresse“ richtet sich vor allem gegen Qualitätsmedien, die als „System-Medien“ diffamiert werden. Verschwörungstheorien wieder werden online quasi „legitimiert“, und viele Konsumenten von Verschwörungstheorien verweigern den kritischen Dialog.

Welcher Weg kann erfolgreich sein, um diese in den diversen Internet-Blasen Eingesponnenen für Argumente zu gewinnen? Wichtigste Grundlage dafür ist wohl Medienkompetenz, die Fähigkeit Medien zu nutzen, die verschiedenen Aspekte der Medien und Medieninhalte zu verstehen und kritisch zu bewerten. Die Vermittlung dieser Fähigkeit kann nicht früh genug beginnen; und zwar in allen Schulformen – Volksschule, Berufsschule, höhere Schulen – und muss in verstärktem Maße wohl auch die Vermittler selbst, die Lehrer, miteinbeziehen. Die Universität hat hier natürlich eine herausragende Rolle.

Ich sehe aber auch eine wichtige Aufklärungs-Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Als ORF-Publikumsrätin habe ich über Jahre hinweg ein Medienmagazin im TV als demokratiepolitischen Beitrag gefordert und mit Unterstützung des gesamten Gremiums schließlich überzeugen können. Ein seit einem Jahr nun monatlich gesendetes kurzes Medienmagazin im Radio ist gut, aber nicht genug. Es ist keine Frage, dass das Fernsehen das geeignete Medium ist, um Medienberichte und Analysen entsprechend anschaulich zu vermitteln. Wie bereits in anderen Bereichen könnte eine Zusammenarbeit mit Schulen durch altersgerechte TV-Beiträge beitragen, Medienkompetenz auf breiterer Basis zu schaffen.

Im kommenden Jahr 2019 stehen Politik und Medien vor einer besonders herausfordernden Aufgabe: Voraussichtlich im Mai und vermutlich erstmals nach dem Brexit werden die Europawahlen abgehalten. Wie wird die grenzüberschreitende Kommunikation dieses Mal stattfinden? Wird der Europawahlkampf national und – wie in Frankreich vom Front National ja bereits angekündigt – von manchen Parteien gegen Europa geführt werden? Wird nationales Schrebergarten-Denken vom Boulevard und von populistischen Boulevard-Politikern manipulativ eingesetzt werden? Wird die Wahlbeteiligung wieder besonders niedrig sein, weil die Europawahl als eine Art Zusatzwahl betrachtet wird? Fragen über Fragen, die sich aus den bisherigen Erfahrungen ergeben.

Eines ist klar: Nur auf Basis einer europäischen Öffentlichkeit lässt sich der europäische Gedanke auch in der Praxis umsetzen und zu einer Identitätsbildung der Europäer führen. Die gemeinsame Werteorientierung und deren Ziele darf dabei nicht vergessen, auch die Empfindungen zu respektieren.

Den Medien kommt dabei eine große Verantwortung zu. Wie es scheint, ist aber in diesem Bereich trotz mancher Bemühungen kaum ein Fortschritt gelungen. Ich erinnere an den Versuch einer Europäisierung der publizistischen Selbstkontrolle. 2004 hat der erste OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Freimut Duve, einen europäischen Presserat, also die freiwillige Medien-Selbstkontrolle auf Europa-Ebene, gefordert.

Duves Vorschlag wurde weder von Österreich, das mit Wien als Standort vorgesehen war, noch von anderen europäischen Staaten weiterverfolgt. Eine vergebene Chance, deren Verwirklichung man damals mit einiger Energie hätte näherkommen können.

Die nationalen Presseräte sind entsprechend ihrer Entstehungsgeschichte unterschiedlich organisiert, was auch so bleiben soll. Sie haben aber ein gemeinsames Ziel: Die Verteidigung der Presse- und Meinungsfreiheit, auf die man auch in demokratischen Staaten ein sorgsames Auge haben muss; im Zentrum steht auch die Selbstkontrolle der Medien, um einerseits journalistisch-ethische Standards einzufordern und um andererseits Fremdkontrolle zu vermeiden.

Diese nationalen Presseräte in einem europaweit agierenden Presserat zu bündeln, würde ich zum Beispiel unter gemeinsamer Werteorientierung einreihen und als wichtigen Beitrag zu einer europäischen Öffentlichkeit bezeichnen. Ein europäischer Presserat wäre auch ein Gegengewicht zu den Fehlinformationen, zu Falschmeldungen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Netz: Fake News, verbreitet via Internet, kennen keine nationalen Grenzen. Eine europäische Öffentlichkeit aber auch nicht.

Wenn ich das Vorlesungsverzeichnis der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft von heute mit den Vorlesungstiteln der damaligen Zeitungswissenschaft vergleiche, so sehe ich heute nicht nur ein ganz anderes, sondern einfach ein neues Studium. Stünde ich vor der Wahl, ein Studium zu ergreifen, fiel mir die Entscheidung leicht.

Doch war ich auch 1961, als ich inskribierte, stolz darauf zu studieren. Ich durfte studieren, so empfand ich es damals. Ich fühlte mich privilegiert, wenn ich die Rampe zur Hauptuni hinaufging. Heute weiß ich allerdings noch viel besser, dass der Besuch einer Universität wesentlich mehr bringt als vermitteltes Wissen, vor allem für die Persönlichkeitsentwicklung. Das sollten Studentinnen und Studenten vor Augen haben – bei all den Schwierigkeiten, die ein Studium natürlich auch bedeutet.

Ich habe mit 1967 begonnen und möchte mit 1968 schließen. Denn unter dem Motto „1968“ lädt das Parlament am 5. Juli zu einem Sommerfest in der Wiener Innenstadt – zu Kontaktaufnahme von Bürgerinnen und Bürgern mit Abgeordneten, wie es heißt. Man darf gespannt sein, wie kritikoffen diese Kontaktaufnahme ablaufen wird. Dann wird sich zeigen, was sich seit 1968 endgültig geändert hat.

In diesem Sinne bedanke ich mich noch einmal für die heutige akademische Feier – und wünsche der Universität Alles Gute für die Zukunft.